

Zweite-Beitrag

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

Für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angeschlossen. Im amtlichen Zeitungverzeichnis unter der Bezeichnung 'Zweite-Beitrag' eingetragen. Für auswärtige Abnehmer sind besondere Satzungen für den Versand zu erlassen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der 'Zweite-Beitrag' gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1419, 1.7411, der Geschäfts-Abt. Nr. 11330.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Halle a. S., Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 307.

Halle, Donnerstag, den 26. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Minister Simons über die europäische Lage.

Wesl., 24. August. Der deutsche Außenminister Dr. Simons ist am Dienstag aus der Schweiz über Bayern nach Berlin abgereist. Gestern hatte er in Wiesbaden eine Unterredung mit dem Auslandsredakteur der 'Baller Nationalzeitung', über deren Verlauf dieser u. a. berichtet: 'Ich halte eine jede Differenz zwischen Frankreich und England schließlich für deutsch', sagte Dr. Simons. 'England hat sehr viele Weltinteressen, und am Ende werden die Gegensätze immer auf dem Rücken der Deutschen ausgegossen. In diesem Punkte ist England der Schwächere. Die englischen Liberalen, mit denen sich Prinz Max von Baden geistverwandelt fühlt, sind schließlich eine höchst achtsamste Partei, doch auf geraume Zeit nachlassig. Das schlimmste Hindernis für eine glückliche Entwiklung scheint dem Minister das geringe Interesse an wirtschaftlichen Angelegenheiten der Welt zu sein. Er hat in Frankreich antwortend gewirkt und ebenso der ganzen Welt eingetrichtert, daß Versailles ein unüberwindlicher Gewaltakt sei, wie Tröpstl dies nach dem Brecht durch seine glänzende Missionsrede verstanden. Dr. Simons nahm für sich in Anspruch, daß er schon vor längerer Zeit in Berlin den Umschwung des Kriegsglücks im russisch-polnischen Kriege vorausgesehen und auf die Aehnlichkeit der militärischen Lage mit jener bei der ersten Marne-Schlacht hingewiesen habe. Er erwarte, daß auch die polnische Wanne nicht so weit in den Himmel wachsen werden, wie es heute den Anschein habe. Er sei voller Anerkennung über die Leistungen der französischen Strategie und er trete mit Leidenschaft für die polnische Neutralität ein. Er finde, daß diese jetzt in Berlin nicht in der richtigen Richtung ankommen würde und er breche seinen Urlaub ab, um in Berlin nach dem Rechten zu sehen. Er mache sich dabei auf einen starken Widerspruch der Unabhängigen gefaßt. Die Versuche, Deutschland aus seiner Neutralität zu bringen, seien auf beiden Seiten groß gewesen, und er denke hier manches an, was vorher besser ungesagt geblieben. Er habe allen diesen stürmischen Wendungen von rechts und links widerstanden. Zwischen Ost und West könne Deutschland bloß Schlachtfeld oder Bindeglied sein, und er wolle, daß es Bindeglied sei. Die Beschränkungen von einem deutschen Bolschewismus teile er nicht. Das könnte in Deutschland höchstens eine kurze Futurwelle sein, die freilich vieles zerstören würde. Dr. Simons hielt auch für Russland die Annäherung der Bolschewisten in ein Wasser zu ebnen, was nicht und widerspricht der Meinung, daß dann noch der weiche Terror käme und das Bündel ebenso weit nach rechts schwingen würde wie jetzt nach links. Von den Ansichten der Guttschow und anderen Gemäßigten der russischen Front hält er wenig. Wangel, der Opportunist, als Sieger wäre für die Franzosen wohl eine schlimme Enttäuschung. Dr. Simons will aktive Neutralität, unter allen Umständen der Vermeidung eines neuen Krieges. Er glaubt, daß die eigentliche Entscheidung über die Zukunft fallen wird, wenn Frankreich seine wahre finanzielle Lage erkennen wird.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 25. August. Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, gehen die italienischen Truppen die Entwaffnungssituation ernsthaft fort, während sich die Franzosen immer noch passiv verhalten. Die Nachricht über den Anmarsch einer 1000 Mann starken Bande auf Ratibor bestärkt sich. Da jedoch die Stadt eine italienische Besatzung hat und die Bevölkerung von Ratibor fast ausschließlich aus Deutschen besteht, ist für die Stadt nichts zu befürchten. Die zum General Leonard entsandte Kommission der Gewerkschaften und der politischen Parteien ist von ihm freundlich empfangen worden. Sie hat die verbindende Zustimmung erhalten, daß die Entwaffnung der Zivilbevölkerung zeitlos durchzuführen wird. Die politischen Arbeiter haben beschlossen, den Streik abzubrechen. **Moskau, 25. August.** Die Pressefreiheit in dem von den Polen besetzten Gebiet wird infiziert durch die heutige Ausgabe des 'Moskauer Anzeiger', in der mitgeteilt wird, daß wegen der gegenwärtigen Verhältnisse der polnische Teil nicht redigiert werden könne. Die Sanktionsaktion durch die italienischen Truppen ist im Gange. Sie ist anscheinend erfolgreich im Kreise Radowitz, dagegen nicht so auf Widerstand in Myslowitz und Schoppitz.

Eine Abstimmungspolizei.

Beuthen, 25. August. Laut 'Grenzzeitung' ist die Stadt Beuthen seitens des Kreisintendanten bereits verkündigt worden, daß im besetzten Abstimmungsgebiet die Sicherheitspolizei entfernt und statt dessen eine Abstimmungspolizei geschaffen werden soll. In Beuthen und Friedenshöhe wird für die Uebergangszeit eine Bürgerwehr aufgestellt, die in Beuthen 200 Mann und 10 Offiziere und in Friedenshöhe 50 Mann und 2 Offiziere stark sein wird. Die Bürgerwehr wird zu gleichen Teilen aus Deutschen und Polen bestehen. In diesen Orten des Aufstanzgebiets ist eine Bürgerwehr bereits gebildet worden.

Tagung des internationalen Kriegesgerichts.

Katowitz, 25. August. Gestern tagte hier zum ersten Mal das internationalisierte Kriegesgericht. Es wurden nur leichte Fälle behandelt. Wegen Verleumdung französischer Offiziere erhielt ein Angeklagter zwei Wochen, ein zweiter wegen Uebertretung des Befehls zum Weitergehen fünf Tage Gefängnis.

Die polnisch-russische Frage.

Kopenhagen, 25. August. Wie der 'Berlingske Tidende' aus Warschau telegraphisch mitgeteilt wird, verlässt von kompetenter Seite, daß die polnische Regierung gestern eine neue von Schischlerin unterzeichnete Note von der Sowjet-Regierung erhielt, in der die Sowjet-Regierung jede Verantwortung für die ungenügende drahtlose Verbindung zwischen Moskau und Warschau ablehnt. Im übrigen erhielt die Note keine positiven Mitteilungen.

London, 25. August. Nach einer Meldung der 'Daily Mail' aus Moskau ist die polnische Antwort auf die russische Vorlesung am Montag überreicht worden. Von 15 Punkten haben die Polen nur einen angenommen, den der Demobilisation, falls Russland gleichfalls demobilisiert.

Vom Kriegeschauplatz.

London, 25. August. Havas. Ein Funkpruch aus Warschau des 23. August, 10,30 abends, meldet, daß sich in der Gegend von Breslitz hiesige Kämpfe mit dem Feinde abspielten, die die Offensivkräfte ergriffen habe. Auch im Gebiet der Gräbe Schow Luow seien schwere Kämpfe im Gange.

Warschau, 24. August. Die Kämpfe am Bug nehmen einen immer hartnäckigeren Charakter an. Die Russen haben, wie mir hier mitgeteilt wird, auch dort große Verstärkungen herangezogen und die Russlinie von Koben bis nördlich von Breslitz durch mit allen Mitteln gehalten werden. In der ostpreussischen Grenze entwickeln sich die Dinge jetzt mit fabelhafter Schnelligkeit. Die Polen haben gestern abend Grajewo mit schwachen Kräften besetzt. Nachden die Städte und die revolutionären Komitees der Russen Gomza bereits am Montag früh verlassen hatten, sind die Teile der 4. Armee, die dort noch standen, am Nachmittag des 23. August ebenfalls abgerückt. Der Stab der 4. russischen Armee ist nach Augustowo verlegt worden, der allgemeinen russische Rückzug bewegt sich in Richtung auf Grodno. Sobald die Retreer die zurückstehenden Truppen aufgenommen haben werden, dürfen auch die Russen wieder zum Stehen kommen.

Berlin, 25. August. Die Zahl der auf deutsches Gebiet übergetretenen Russen hat sich auf 30 000 erhöht.

Danzig.

Paris, 25. August. Nach einer Meldung aus London ist geplant, die Besatzung von Danzig um ein bedeutendes zu vergrößern und zwar durch die englischen, französischen und italienischen Truppen, die im Abstimmungsgebiet von Allenstein und Marienwerder überflüssig geworden sind. Sir Reginald Lyster hält eine Verstärkung der Besatzung um 25 000 Mann für notwendig.

Danzig, 24. August. Der in Danzig eingetroffene polnische Botschafter des Außen, Professor Stefan Dabrowski erklärte dem Vertreter der 'Rösischen Ztg.' über die Neutralitätsfrage: 'Ich muß darauf aufmerksam machen, daß Danzig im Artikel 15 des Abkommens vom 22. April die Verpflichtung übernommen hat, für die Durchfuhr aller im Hafen ankommenden und für Polen bestimmten Transporte, einschließlich Transporte mit Kriegsmaterial, Erleichterungen zu gewähren. Diese Angelegenheit ist nicht nur entscheidend für das Verhältnis Danzigs zu Polen, sondern sie ist auch eine Frage von internationaler Bedeutung, die die ersten Konsequenzen für Danzig nach sich ziehen kann. Ich nehme an, daß in den kritischen Tagen der Schlacht von Warschau die Danziger Bürger befristet, ihre Haut für Polen zu Markte zu tragen, daß sie deshalb Sir Reginald Lyster um die Neutralitätsklärung baten. Doch ist jetzt der kritische Augenblick vorbei, und mit dem jeden Tag an Bedeutung gewinnenden polnischen Sieg ist auch jede vermeintliche Gefahr für Danzig beseitigt. Die Aufrechterhaltung des Neutralitätsbündnisses unter beiden Umständen gewinnt die Bedeutung eines ausgeprochenen feindlichen Aktes Polens gegenüber. Die polnische Regierung hat Mittel in Vorschlag gebracht, wodurch der freie ungehinderte Zugang zum Meer im Sinne des Friedensvertrages Polen gesichert werden soll.'

Kamenow und Krassin verlassen London.

Paris, 25. August. 'Petit Parisien' meldet aus London: Kamenow und Krassin, die fühlen, daß ihre Lage in London immer prekärer wird und daß ihnen ihre Pässe von einem Augenblick zum andern ausgehändigt werden können, haben es vorgezogen, sie gestern abend

selbst zu verlangen. Sie haben ihr Vorgehen damit begründet, daß sie erklärten, Lond George wolle gut, welche Bedingungen Kaufmann für den Frieden mit Polen stellte, als er am 10. August der polnischen Regierung riet, diese Bedingungen anzunehmen und als er gleichzeitig erklärte, daß England nicht einwilligen würde, an der Seite Polens in den Krieg einzutreten. Was die Haltung Lond Georges am 10. August ungeklärt erklärt und seine heutige Meinungsänderung begründen könnte, sagt Kamenow, ist, daß er an diesem Tage die Art der Einrichtung der polnischen Witz, wie sie die Sowjet-Regierung forderte, nicht kannte, und daß er letzter erfuhr, daß diese Truppe nach dem Muster der roten Armee geschaffen werden sollte. 'Wir glauben indessen', fährt Kamenow fort, 'daß hier im Grunde genommen nur ein Vorwand für den englischen Premierminister vorliegt, um nach den Grundfragen einer militärischen Politik abzuweichen zu einer Stunde, wo Polens Lage sich gebessert hat.'

Die Waffen für Königsberg wieder angehalten.

Berlin, 25. August. Entgegen dem Abkommen, das zwischen Vertretern der Arbeiter und der Regierung über die Beförderung des Waffentransportes für die Sicherheitspolizei in Königsberg zustandekam, ist der Eisenbahnzug nach im Westhafen von Berlin abermals aufgehalten worden. Auf Grund der Vereinbarungen war gestern der auf dem Stettiner Bahnhof angehaltene Transport zum Teil abgefahren worden. Er kam aber nur bis Pantow. Dort ist er während der Nacht von Arbeitern wieder angehalten worden. Die Weiter fuhr wurde mit Gewalt verhindert und der Zug liegt zur Stunde noch in der Station Pantow.

Dr. Hermes in London.

Amsterdam, 25. August. 'Telegraaf' meldet aus London: Der englische Lebensmittelinister hatte eine Besprechung mit dem deutschen Ernährungsminister Hermès. Die französischen, italienischen und belgischen Mitglieder des ständigen Ausschusses des Obersten Rates nahmen der Besprechung bei.

Die Abgrenzung des Saargebiets.

Innehalt der Internationalen Kommission, die mit der Abgrenzung des Saargebiets betraut ist, war es vor einiger Zeit zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem deutschen Vertreter und den übrigen Mitgliedern gekommen. Die Kommission wollte die als Grenze des Saargebiets bestimmten Verwaltungsgrenzen abändern. Instruktionsgemäß erklärte der deutsche Kommissar dies für unzulässig und lehnte eine Beteiligung an der Beschlußfassung ab. Es entspann sich lobann, wie wir hören, ein längerer Notenwechsel über die Angelegenheit. Die deutsche Regierung hat der Friedenskonferenz Anfang Juli eine ausführliche Note übergeben, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Am Schluß wird erklärt, wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederabnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten Sorge, so würden die Militären sich genötigt sehen, diese Arbeiten zu übernehmen, in der sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach einer genaueren Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. Die Friedenskonferenz hat ihren Standpunkt aufrechterhalten. In einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note hat sie ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungszwecken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen

Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...
Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...
Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...

Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...
Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...

Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...
Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...

Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...
Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...

Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...
Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...

Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...
Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...

Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...
Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...

Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...
Die Zahl der Arbeitlosen in Halle würde nach einer erheblichen...
Der Reichstag...

den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...

den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...

den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...

den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...

den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...

den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...

den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...

den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...
den unermüdblichen Unternehmungskraft des Herrn Knack zu ver...

Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...

Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...

Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...

Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...

Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...

Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...

Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...
Aben in den von ihnen besetzten Gebieten die unumschränkte...

Sport der „Saale-Zeitung“.

- 1. Rennen: 1. Rennkurs, 2. Gieselslo, 3. Bernia. Tot: Sieg 26, Platz 27, 19:10. Berner liefen: Lohndner, Möder, Saanna.
- 2. Rennen: 1. Defait, 2. Klefer, 3. Hasrubal. Tot: Sieg 13, Platz 29, 19:10. Berner liefen: Trabition, Belfasine, Zori, Champane, Janbur, Saint Barbara.
- 3. Rennen: 1. Bronza, 2. Einbruch, 3. Emiltus. Tot: Sieg 19, Platz 15, 25, 32:10. Berner liefen: Einbart, Ahnung, Caffierer, Treubers, Yulle.
- 4. Rennen: 1. Alodaster, 2. Meerest, 3. Seltbarde. Tot: Sieg 24, Platz 19, 28, 34:10. Berner liefen: Elf, Mozart, Silao, Combatant.
- 5. Rennen: 1. Balon, 2. Romalos, 3. Rantenburg. Tot: Sieg 41, Platz 19, 28, 34:10. Berner liefen: Reunant, Teos, Argite, Wfoat, Bemar, Amine II, Franfora.
- 6. Rennen: 1. Vorber, 2. Wallenfien, 3. Ballenberg. Tot: Sieg 18, Platz 12, 17:10. Berner liefen: Graustel, Hellano, Tob.
- 7. Rennen: 1. Sunne, 2. Pariser, 3. Arros II. Tot: Sieg 32, Platz 12, 14:10. Berner liefen: Walther, Rondo, Dohria, Teata II, Jarin.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Die Lage in Oberschlesien.

DA. Oppeln, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Wie es jetzt bekannt wird, hat schon vor einigen Tagen General Le Rond eine Note nach Warschau geschickt, in der er darauf hinwies, daß reguläre polnische Truppen die Grenze von Oberschlesien überschritten haben, was zu Komplikationen führen müsse. Es heißt sich also die Meldung, daß schließlich reguläre Truppen an den Aufständigen beteiligt sind, konstant hat dies mit allen Mitteln zu leugnen versucht. Auf der anderen Seite ist unüberwindlich, daß General Le Rond von seiner Seite der Offensivität keine Kenntnis gegeben hat. Das hätte sicher zur Beruhigung der Bevölkerung wesentlich beigetragen.

DA. Lublitz, 25. August. (Eig. Drahtmeldung.) In der Nähe von Czestochowa wird polnische Artillerie zusammengezogen. Da auch sonst reguläres Militär an der Grenze weilt, ist die Annahme berechtigt, daß ein neuer Gewaltakt bevorsteht. Nachlässlich wird noch bekannt, daß in der Nacht vom 19. zum 20. Abends zusammengezogen in die Grenzlinie nach Oberschlesien bereitgestellt wurden für den Fall, daß in ober-schlesischen Aufstandsgebiet besondere Schwierigkeiten eintreten sollten.

DA. Rattomitz, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lage in Oberschlesien hat sich in den letzten 24 Stunden kaum wesentlich geändert. Die Aufständlichen

Grenzübertritt von Russen und Polen.

Moskau, 25. August. Nach Meldung des „Allgemeinen Volksstimmen“ sind außer den 300 Polen, die bei Friedland aus der Grenze überschritten haben, in der Gegend von Dombrava sechs polnische Offiziere und etwa 100 Soldaten auf deutsches Gebiet übergetreten. In dem Moment Johannesburg haben bisher etwa 15 000 Russen die deutsche Grenze überschritten. Die Zahl der dort übergetretenen Russen wächst ständig und die vorhandene Besatzung genügt nicht, um eine ordnungsmäßige Entwaffnung der übergetretenen Russen vornehmen zu können. Die Russen geben an der Grenze ihre Gewehre ab und geben unbewacht, soweit sie nicht auf deutsche Posten stoßen, nach Dirschau hinein, indem sie von der Bevölkerung Lebensmittel erbeuten. Es besteht die Gefahr, daß die Russen, wenn die Bevölkerung nicht mehr instande sein wird, sie mit Lebensmitteln zu versorgen, zu plündern anfangen und so zur Verwilderung werden.

Nach einer weiteren Meldung des Blattes ist in Czestochowa, das von den Polen besetzt worden ist, der größte Teil der hauptsächlich aus Juden bestehenden Bevölkerung von den Polen in der Gegend abgeführt worden. Nur heute ist eine Reihe von Einrichtungen der zurückgebliebenen Bewohner der Stadt angeordnet worden.

Stöden des polnischen Vormarsches.

Königsberg, 25. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der russische Widerstand beginnt sich allmählich zu vertiefen. Wenigstens deutet das Stöden des polnischen Vormarsches darauf hin. Die Polen geben zwar an, das Ziel ihres Vormarsches mit den bisherigen Operationen erreicht zu haben. Der polnische Vormarsch im Norden ist gegenwärtig zwischen Augustowo—Domsa, im Osten 20 Kilometer östlich von Groß Wilmst, im Süden nahe bei Lublin zum Stöden gekommen.

Polen wünscht die Friedenskonferenz in Warschau.

London, 25. August. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichskanzler der „Morning Post“ in Warschau meldet: Der polnische Minister des Auswärtigen Herr Sapieha hat durch Funktelegramm der Sowjetregierung vorgeschlagen, wegen der schiefen Verbindung zwischen Wladiwostok und Warschau die Friedenskonferenz nach Warschau zu verlegen.

Eine heikle Frage an Lloyd George.

Berlin, 25. August. (Eig. Drahtmeldung.) Während des Aufstehens des englischen Ministerpräsidenten in Luzern richtete die Vereinigung vormaliger Wähler in Luzern durch ihre europäische Vertretung folgenden Protestbrief an ihn: „In Friedensvertrag von Versailles haben Sie Ihre Unterschrift unter die Zustimmung gesetzt, daß die Bevölkerung der Ihrer Verwaltung unterliegenden Gebiete gleiche Behandlung genossen werden soll. Nun sind wir durch unsere Mitglieder beunruhigt worden. Sie um eine offene Erklärung darüber zu erlangen, ob und wie Sie die Handlungen der Unmündigkeit rechtfertigen wollen, die in Irland, Indien, Ägypten, in der Türkei und in Mesopotamien von Briten begangen werden. Sie wissen, daß wir das Recht haben, an Sie diese Frage zu stellen, weil unsere Vereinigung gleichmäßig mit Ihrem Widerstand begründet worden ist und zu dem Zwecke, die Verwirklichung jenes Grundsatzes der Selbstbestimmung aller Völker zu fördern.“

Zur letzten Frage.

London, 25. August. Der Bürgermeister von Coak, der zur Verteidigung der irischen Ideale gegenwärtig im Gefängnis eines Hungerstreiks durchführt, ringt mit dem Tode. Der Führer der Arbeiterpartei im Unterhaus, Asquith, begab sich zum Minister des Innern, um die Freilassung des Bürgermeisters zu bewirken. Der Minister erklärte aber, daß der Bürgermeister nicht in Freiheit gesetzt werden dürfe. Die Schwester des Bürgermeisters hat an Lloyd George ein Telegramm geschickt, in dem sie erklärt, daß, falls ihr Bruder sterben würde, das irische Volk den Reichsminister und die Regierung für den Mord verantwortlich machen werde.

Ein englisch-amerikanischer Zwischenfall.

Washington, 25. August. Der ehemalige deutsche Passagierdampfer „Imperator“ war von der englischen Regierung der amerikanischen Regierung zusammen mit sechs anderen Dampfern zur Heimführung von Truppen zur Verfügung gestellt worden. Da die amerikanische Regierung bisher die Dampfer der englischen Regierung noch nicht wieder zurückgeben hat, hat die englische Regierung nunmehr nach Washington eine Entschädigungsforderung geschickt.

Ein serbischer Einfall in albanisches Gebiet.

Rom, 25. August. Agenzia Stefani. Die albanische Delegation hat an die italienische Regierung eine Note geschickt, in der sie erklärt, die albanische Regierung habe sich bereit, in Belgrad Aufführung wegen der bedeutungsvollen Grenzverhältnisse an der Küste von Stutari zwischen albanischen und serbischen Wäutern zu geben. Trotzdem hätten serbische Truppen die Grenze überschritten und seien in die Gegend von Kaltrini eingedrungen. Die Note erklärt am Schluß, daß protestieren entziehen gegen den Einfall in unter Gebiet und gegen die kriegerischen Maßnahmen der Belgrader Regierung. Wir bitten den Botschafter der albanischen Truppen aufzugeben und die Belgrader Regierung aufzufordern, ihre Truppen bis zur Grenze von 1913 zurückzuziehen.

